

Allen soll ein Licht aufgehen

Heute treffen sich Industrie und Politik zum Energiegipfel. Vor welchen Herausforderungen steht Deutschland?

Politik und Industrie wollen heute beschließen, den Energieverbrauch in Deutschland bis 2020 um 20 Prozent zu senken. Wie soll das gehen?

Gemessen an den technischen Möglichkeiten erscheint es ganz leicht. Gleich ob in Haushalten, Industrie oder Verkehr, ob beim Stromverbrauch oder der Gebäudeheizung – für fast alle Bereiche stehen Technologien bereit, die für die gleiche Anwendung nur einen Bruchteil der Energie benötigen, die mit konventioneller Technik verbraucht wird.

Elektrische Antriebe zum Beispiel können durch elektronische Drehzahlregulierung um ein Vielfaches effizienter werden. Allein in der industriellen Produktion könnten nach eher vorsichtiger Schätzung des Zentralverbandes der elektrotechnischen Industrie mittels Umrüstung von Elektroantrieben jährlich 27,5 Milliarden Kilowattstunden eingespart werden. Das entspricht gut fünf Prozent des gesamten deutschen Stromverbrauchs oder der Kapazität von vier großen Atomkraftwerken. In der gleichen Größenordnung liegt das Einsparpotenzial bei Kühl- und Klimaanlage. Insgesamt könnten – gerechnet mit den heutigen Strompreisen – 16 Prozent des gesamten Stromverbrauchs ohne wirtschaftliche Verluste für Unternehmen und Verbraucher vermieden werden, kalkulieren Experten des Wuppertal-Instituts für Klima, Energie und Umwelt. Die nötigen Investitionen würden sich über die niedrigere Stromrechnung bezahlt machen.

Noch größer sind die Einsparmöglichkeiten bei der Heizungswärme und der Warmwasserbereitung, die allein gut 40 Prozent des Energieverbrauchs ausmachen. Im Durchschnitt wird in deutschen Wohnungen und Büros pro Quadratmeter noch immer eine Energiemenge verheizt, die etwa 200 Litern Heizöl entspricht. Neu gebaute sogenannte Passivhäuser bringen es dagegen – ohne wirtschaftliche Einbußen für die Eigentümer – auf nur noch 15 Liter pro Quadratmeter. Aber auch der Altbaubestand lasse sich auf 30 Liter „herunter sanieren“, versichert Stefan Kohler, Chef der regierungseigenen Deutschen Energieagentur.

„Diese Effizienzreserve ist der schlafende Riese der Energiepolitik“, meint darum der Sprecher des Bundesumweltministeriums, Michael Schroeren. Doch vermutlich wird der auch nach diesem Energiegipfel kaum in Bewegung kommen. Nicht nur ist das Einsparziel von 20 Prozent in 14 Jahren nach Meinung vieler Fachleute eher bescheiden. Auch konnten sich die Gipfelteilnehmer in den vorbereitenden Arbeitsgruppen nicht auf konkrete Maßnahmen einigen. Denn so groß das Potenzial ist, so groß sind auch die Widerstände der Besitzstandswahrer aus Industrie und Wohnungswirtschaft.

Welche Interessen stehen einer schnelleren Umrüstung der Energietechnik entgegen?

In der Praxis schöpfen Manager, Hausbesitzer und Verbraucher die technischen Möglichkeiten bisher kaum aus, weil sie keine Vorstellung von den langfristig viel höheren Energiekosten haben, die sie nach dem Kauf von ineffizienter alter Technik bezahlen müssen. Abhilfe könnte eine Verschärfung der technischen Vorschriften, flächendeckende Beratung und die Gewährung von Finanzhilfen für vorgezogene Investitionen schaffen. Gebraucht werde „die Kombination von Zuckerbrot, Peitsche und Werbetrommel“, sagt Stefan Thomas, Leiter der Forschungsgruppe Energie des Wuppertal-Instituts. Nötig sei „ein Massenstart“, meint auch Ulrich Kelber, Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion. Darum nütze es nichts – zum Beispiel für Heizungspumpen, die heute viermal effizienter sein können als der Standard – einfach nur eine neue Norm vorzuschreiben. „Damit dauert es 30 Jahre, bis alle Heizungen auf heutigen Stand umgestellt sind.“ „Die Deutschen“, sagt Kelber, „brauchen zehn Prozent Zugabe“. Ginge es nach ihm und SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel, würde darum die Auflegung eines „Effizienzfonds“ zum Kernpunkt des anvisierten „Aktionsprogramms“. Mit einem Strompreisaufschlag von einem Zehntel Cent könnte mit rund einer Milliarde Euro jährlich das Drei- bis Fünffache an Investitionen mobilisiert werden. „Der volkswirtschaftliche Gewinn wäre enorm“, versichert Energieökonom Thomas. Binnen zehn Jahren wären 70 Milliarden Euro Energiekosten zu sparen.

Trotzdem lehnte Dieter Ameling, Chef der Wirtschaftsvereinigung Stahl und Industrievertreter beim Gipfel, den Vorschlag rundheraus als „neuen Subventionstopf“ ab. Prompt stellte sich auch Wirtschaftsminister Michael Glos dagegen.

Für die energetische Sanierung des Gebäudebestandes dagegen gibt es zwar schon finanzielle Förderung, vorrangig über verbilligte Kredite der Staatsbank KfW. Seit Start des Programms vor drei Jahren sind 350 000 Wohnungen saniert worden. Bis 2009 sollen 5,6 Milliarden Euro Förderung noch drei Mal mehr Gebäude auf einen besseren Wärmestandard bringen. Zusätzlich müssten jedoch Hausbesitzer und Mieter mobilisiert werden. Die EU-Bauminister beschlossen darum die Verpflichtung, für jedes Gebäude einen Energiepass zu erstellen, der bei Verkauf und Vermietung den Vergleich mit anderen ermöglicht. Doch in Deutschland gibt es den Pass bis heute nicht, weil Wirtschaftsminister Glos sich sperrt. Statt den tatsächlichen technischen Zustand will er lediglich den zuletzt gemessenen Energieverbrauch in dem Dokument vermerken. Doch das wäre „energiepolitischer Unfug“, warnt Holger Krawinkel, Energieexperte der Verbraucherzentrale Bundesverband. Schließlich könne der Verbrauch auch deshalb hoch sein, „weil der Vormieter jeden Tag heiß badet.“ Zur Begründung verweist Glos auf die höheren Kosten eines „bedarfsorientierten“ Energiepasses, wie ihn auch das Umweltbundesamt fordert. Tatsächlich aber geht es um die Interessen der Immobilienbesitzer.

Gebäude mit schlechtem energetischem Standard würden an Wert verlieren.

Was kann Deutschland vom Ausland lernen?

In Dänemark wird die Energiequelle Effizienzsteigerung bereits seit 1997 systematisch entwickelt. Dazu richtete die Regierung einen Effizienzfonds ein, der aus einer Abgabe auf den Strompreis von 0,08 Cent pro Kilowattstunde finanziert wird. Der Fonds erreichte für die privaten Haushalte und die öffentliche Hand jährlich eine Senkung des Stromverbrauchs um 0,6 Prozent.

Auch Großbritannien verfolgt einen anspruchsvollen Kurs bei der Effizienzförderung. Dazu richtete die Blair-Regierung 2001 den „Carbon Trust“ ein. Dieser finanziert sich aus einem 12-prozentigen Aufschlag auf den Strompreis für industrielle Verbraucher, den die Unternehmen aber durch Teilnahme an den entsprechenden Investitionsprogrammen wieder reinholen können. Gleichzeitig wurden die Stromversorger verpflichtet, jedes Jahr durch Förderung der Initiative bei den Verbrauchern, rund 1,7 Prozent ihrer im Vorjahr verkauften Strommenge einzusparen. Die Einsparungen dürfen allerdings gern auch bei den Kunden der Konkurrenz erfolgen.